

II-11448 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR JUSTIZ

7372/1-Pr 1/90

5314 IAB

1990 -06-11

zu 5390/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 5390/J-NR/1990

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Partik-Pablé und Genossen (5390/J), betreffend Entfernen von Tätowierungen als Resozialisierungsmaßnahme, beantworte ich wie folgt:

Aus Anlaß dieser Anfrage wurden in allen Justizanstalten jene Fälle erhoben, bei denen es in der Zeit zwischen 1. Jänner 1987 und 31. März 1990 zum Entfernen von Tätowierungen kam. Dabei wurden für diesen Zeitraum 326 Fälle festgestellt. In Justizanstalten, in denen die dort beschäftigten Ärzte über das notwendige Fachwissen verfügen, wurden die Tätowierungen kostenlos während der Dienstzeit der Ärzte durchgeführt. Das war in 232 der oben angeführten 326 Fälle geschehen.

Für das landesgerichtliche Gefangenhaus Linz konnte die Zahl nicht festgestellt werden, da zwar die dortige Anstaltsärztin die Tätowierungen ebenfalls kostenlos entfernt, darüber aber keine gesonderten Aufzeichnungen führt.

Zu 1:

Die Entfernung von Tätowierungen auf Kosten des Bundes erfolgt zum Teil aus medizinischen (psychiatrischen) Gründen, zum Teil als Resozialisierungsmaßnahme.

- 2 -

Es gibt Strafgefangene, bei denen die Entfernung von Tätowierungen aus psychiatrischen Gründen indiziert ist. In solchen Fällen erfolgt die Behandlung auf der Grundlage der Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes über die ärztliche Betreuung, weil gemäß § 66 Abs. 1 StVG nicht nur für die körperliche, sondern auch für die geistige Gesundheit der Strafgefangenen Sorge zu tragen ist und diese Sorgspflicht auch die Pflicht zur Kostentragung durch die Vollzugsverwaltung einschließt.

Gemäß den §§ 144 ff StVG trifft die Vollzugsverwaltung im Zuge der Entlassungsvorbereitung und anlässlich der Entlassung eine gewisse Fürsorgepflicht für das weitere Fortkommen der Strafgefangenen, insbesondere für die erste Zeit nach der Entlassung. So hat der Bund gemäß § 150 StVG beispielsweise für die Heimreise und für die notwendige Bekleidung der Strafgefangenen zu sorgen, unter Umständen aber auch eine finanzielle Entlassungshilfe zu gewähren. Dieser Fürsorgepflicht entspricht es auch, wenn der Bund im Hinblick auf die Verbesserung der Wiedereingliederungschancen der Strafgefangenen die Kosten für die Entfernung von Tätowierungen als Resozialisierungsmaßnahme trägt. Grundsätzlich sollten sich diese Kosten freilich in dem in den §§ 144 StVG, insbesondere im § 150, vorgezeichneten - bescheidenen - Umfang bewegen.

Zu 2:

Im eingangs angeführten Zeitraum wurden in 94 Fällen solche Eingriffe finanziert.

Zu 3 und 4:

In der Zeit von 1. Jänner 1987 bis 31. März 1990 sind dadurch Kosten von insgesamt 253.059 S entstanden (in diesem Betrag sind auch die Kosten von zwei - im Zusammenhang mit

- 3 -

der Entfernung von Tätowierungen stehenden - stationären Krankenhausaufenthalten Strafgefangener im November und Dezember 1986 enthalten). Der weitaus überwiegende Teil dieser Kosten - nämlich rund 200.000 S - entfällt freilich auf zwei Fälle, in denen es im Behandlungsverlauf zu Komplikationen und in diesem Zusammenhang zu einem längeren stationären Aufenthalt der beiden Insassen gekommen ist. In einem Fall war der Krankenhausaufenthalt auch durch eine Hautkrankheit bedingt.

Läßt man diese beiden außergewöhnlichen Fälle beiseite, so kommt man auf durchschnittliche Kosten von ca. 550 S pro Fall.

Zu 5:

Eine solche Verpflichtung ist nicht vorgesehen. Ich werde jedoch die Anstalten des Straf- und Maßnahmenvollzugs anweisen, künftig jeden Fall der Entfernung einer Tätowierung, deren Kosten voraussichtlich 1.000 S übersteigen, dem Bundesministerium für Justiz zur Genehmigung zu berichten.

Zu 6:

Die weitaus überwiegende Zahl der entfernten Tätowierungen befand sich im Bereich des Gesichtes, des Halses, der Arme und der Hände. Lediglich in zwei, von der Justiz gesondert bezahlten Fällen, wird von der Entfernung der Tätowierung im Bereich der Brust berichtet.

Zu 7 und 8:

Tätowierungen, die im bekleideten Zustand sichtbar sind, bedeuten nach übereinstimmender Ansicht der Fachleute eine erhebliche Erschwerung von Resozialisierungsmaßnahmen.

- 4 -

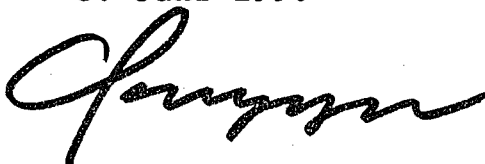
Viele Arbeitgeber scheuen in der Regel davor zurück, solche Personen zu beschäftigen.

Ich halte daher das Entfernen von Tätowierungen für eine sinnvolle und im Hinblick auf die durchschnittlichen Kosten auch mit den Grundsätzen einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Verwaltung in Einklang stehende Maßnahme.

Was den allfälligen Einsatz von Psychologen anlangt, so sieht das StVG in § 56 ohnehin die psychohygienische und psychotherapeutische Betreuung der Strafgefangenen zur Erreichung des erzieherischen Zweckes der Freiheitsstrafe (und damit zur Resozialisierung) vor. Einerseits reichen aber in manchen Fällen etwa gesprächstherapeutische oder beratende Maßnahmen aus medizinischer Sicht nicht aus (s. oben Punkt 1); andererseits liegt es auf der Hand, daß die psychologische Betreuung der Strafgefangenen keinen Einfluß auf die ablehnende Haltung potentieller Arbeitgeber tätowierten Arbeitsuchenden gegenüber auszuüben vermag.

Das Entfernen der Tätowierungen in diesen Fällen wird daher als sinnvolle und im Vergleich zu anderen in Betracht kommenden Maßnahmen in der Regel auch als kostengünstige Resozialisierungsmaßnahme betrachtet, deren Zweck durch psychologische Betreuungsmaßnahmen nicht erreicht werden kann.

8. Juni 1990

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. J. ...' or similar, written in a cursive style.